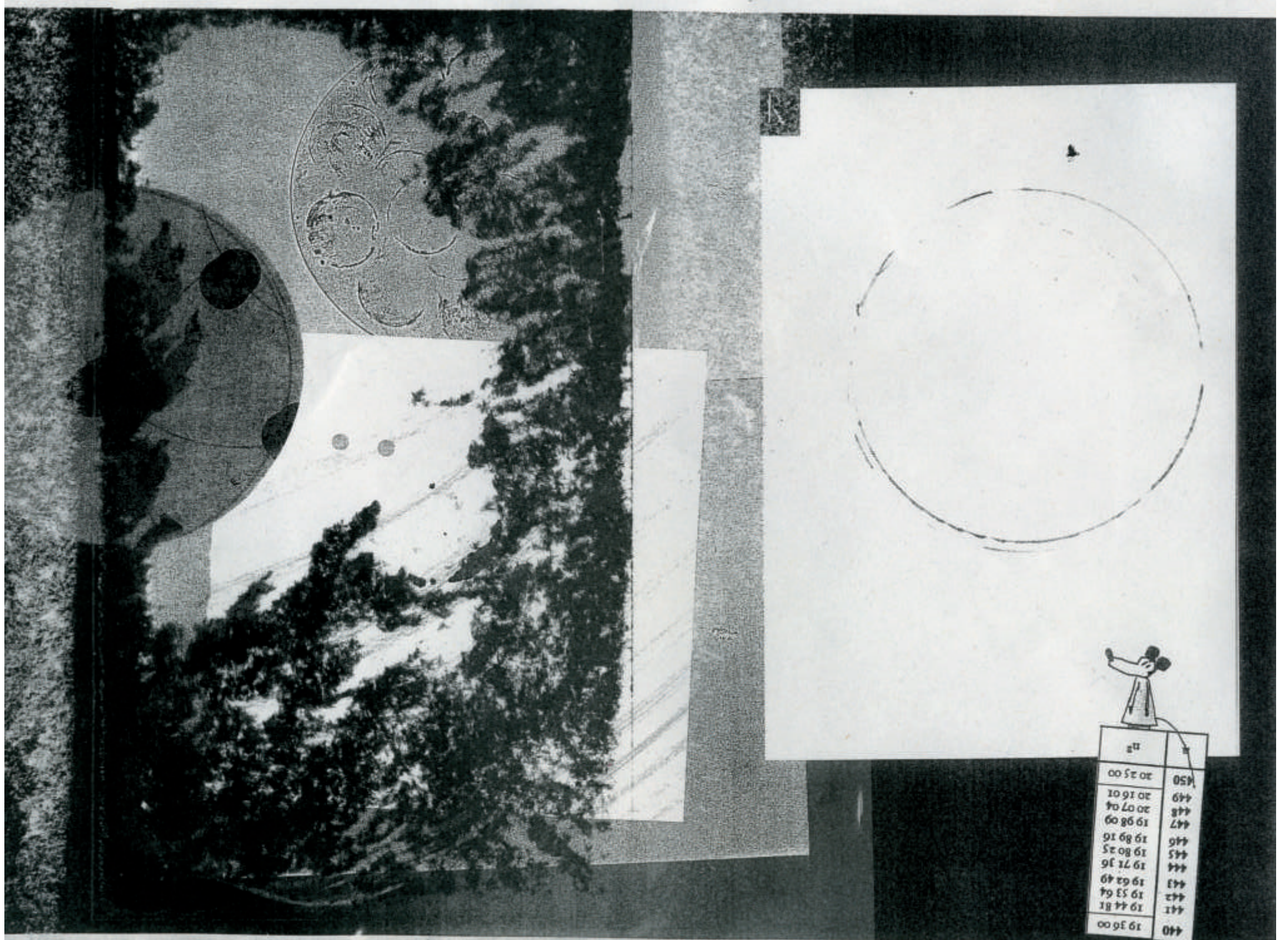


sektor erziehung

vpod region basel

gewerkschaft erziehung im vpod, postfach, 4005 basel



Vom Raddampfer zum Katamaran

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Text wurde mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge geschrieben. Mit einem lachenden Auge, weil das *sektor-erziehung*-Schifflein schliesslich doch nicht an den drohenden Klippen zerschellt ist. Mit einem weinenden Auge, weil aus dem lieb gewonnenen Raddampfer ein energiesparender Solarkatamaran werden muss. Bei diesem Umbau musste gezwungenermassen einiges über Bord geworfen werden; viel schmerzlicher für mich ist allerdings, dass ein Teil der Mannschaft unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr anheuern wollte und wir zwei für unseren Raddampfer ganz zentrale Heimathäfen nicht mehr werden anlaufen können, näm-

lich den Satzladen von Stefan Witschi, der seit Jahren das Gesicht unserer Zeitung entscheidend mitgeprägt hat, und den Rumzeis-Druck von Richard Spillmann, der seit Urzeiten für einen guten Druck von *sektor erziehung* besorgt war. Ihnen beiden und unserem langjährigen Fron-Korrektor Urs Forster, der mit der gleichen Entschlossenheit gegen orthografische und grammatikalische Fehler focht, wie er als Professor Petronius A. Syntax seinen spitzen Degen führte, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit danken.

Zu danken ist an dieser Stelle aber auch all jenen, die während mancher Jahre unseren Zeitungsdampfer mit Kohle versorgten und ihn mit vielfältigen Artikeln unter Dampf setzten.

Namentlich nennen möchte ich hier Rolf Häring, der nie zögerte, in die Tasten zu greifen, wenn eine Frage kritisch beleuchtet werden musste, sowie die früheren GE-SekretärInnen Thomas Späth und Margrit Schneider. Und wenn wir schon dabei sind, auf alte Tage zurückzublicken: Corinne Burkhardt, Anna Häberli Dysli und Margrit hätten einiges zu berichten, wie es zu und her ging, als das Layout noch nicht am Computer, sondern von Hand produziert wurde. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

Der neue Kahn

Merci auch allen, die weiterhin dafür besorgt sein werden, dass unser Zeitungskahn Sie mit Lesefutter versorgen wird.

Neu wird unser Blatt als Teil der Zeitung „vpod region basel“ erscheinen. Dabei wird sich einiges ändern, anderes wird sich gleich bleiben. So freue ich mich sehr, dass unsere künftige Seite 1 weiterhin jeweils ein Kunstwerk von Uwe Gruner zieren wird. Seite 1 wird auch der Ort sein, wo Sie unseren Leitartikel finden werden. Auf Seite 2 und 4 werden Aktualitäten und Kurzmeldungen Platz haben, während Seite 3 für Texte mit Dossiercharakter reserviert ist.

Verglichen mit dem bisherigen Frachtraum ist der Laderaum unseres neuen Kahns also bedeutend kleiner geworden. Wir sind uns dessen bewusst und werden uns bemühen, unsere Inhalte vermehrt auch via Internet zu transportieren. Im Falle der Buchbesprechungen, die bei der

vorliegenden Nummer die Seite 8 füllen – eine weitere Rezension gibt's sogar auf Seite 7 – wird dies heissen: In der Zeitung wird es künftig pro Nummer nur noch eine Besprechung geben, weitere werden wir regelmässig ins Netz stellen. Ähnliches ist bei den Kurznachrichten geplant: Wenn es sinnvoll ist, werden wir längere Fassungen ins Netz stellen.

Liebe Leserin, lieber Leser, zum Schluss mein Dank auch an Sie, die Sie sich jeweils viermal im Jahr über unsere Zeitung gefreut oder geärgert haben. Bitte halten Sie uns auch weiterhin die Treue. Wir brauchen sie, wenn wir mit dem neuen Kahn durch unbekannte Gewässer kreuzen und im Internet Neuland betreten.

Martin Stohler

Basel: Erziehungsdepartement als Arbeitgeber

Gibt es ein Stellenwachstum parallel zur Zunahme der Aufgaben in der Verwaltung?

Das Erziehungsdepartement (ED) ist ein innovatives und aktives Departement, insbesondere im Bereich Schulen. Von Seiten der Lehrpersonen hört man allerdings seit längerem Klagen über die Projektflut und die ständig zunehmende Bildungsbürokratie. Die Verantwortlichen im ED weisen diese Vorwürfe zurück. Ein Blick in ältere Jahrgänge des Basler Staatskalenders lässt gewisse Rückschlüsse bezüglich der Zahl der Stellen im ED zu.

Auf der Homepage des Erziehungsdepartements, Unterseite „Projekte und Initiativen“, heisst es: „Die Bildungskoordination initiiert bzw. leitet strategische Projekte und Initiativen, die stets Projektcharakter haben (Bsp. Tagesstrukturen, Bildungsgesetz).“ Aufgeführt sind auf dieser Seite im Moment 24 Projekte samt jeweiligem Auftraggeber, möglichen Risiken des Projektes, Zeitplan und, wo vorhanden, Ressourcen. Diese Projekte reichen von den erwähnten Tagesstrukturen über „Gesunde Verpflegung“, „Passepartout“ bis zum Projekt „Stark durch Erziehung“. Nicht alle Projekte betreffen die Schulen, so ist zum Beispiel die Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes eine Sache der Abteilung Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung (BBE).

Sicher hat jedes einzelne Projekt seine Daseinsberechtigung und verfolgt hehre Ziele – wer hat schon etwas gegen Gesundheitsförderung oder gegen Deutschkurse für Mütter? Zahlreiche Projekte sind auch aus Gründen der nationalen oder zumindest vierkantonalen Schulharmonisierung notwendig, wie Lehrplan 21 oder Bildungsstandards nach HarmoS. Trotzdem bleibt der Eindruck der Projektflut, und es dürfen bei einzelnen Projekten zumindest kritische Fragen nach Aufwand und Ertrag für die Lehrpersonen und nach den Kosten für ProjektleiterInnen und externe BeraterInnen gestellt werden.

Das ED vor 12 Jahren...

Geht die Zunahme der Projekte mit einer Zunahme der Stellen beim ED einher? Entsteht hier eine „Bildungsbürokratie“? Ein Blick in den Staatskalender des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 1997/98 zeigt, dass im Departementssekretariat mit den Abteilungen Personal, Registratur/Dokumentation, Zentrale Dienste, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht 27 Personen, sowie im Ressort Schulen mit der Abteilung Bauplanung und Raumnutzung 13 Personen und im Ressort Dienste mit Personalabteilung, Abteilung Finanzen, Stabsstelle Informatik, Stabsstelle Bau, Abteilung Schule und Freizeit, Abteilung Sozialpädagogik, Materialzentrale usw. 58 Personen, also insgesamt 98 Personen beschäftigt waren. Natürlich ist im Staatskalender nicht ersichtlich, ob es sich dabei um

Teilzeit- oder Vollzeitstellen handelt. Trotzdem ist ein Vergleich mit späteren Jahren spannend. Nehmen wir den Staatskalender für die Jahre 2003 bis 2005:



Fotos Martin Stohler

Im Departementssekretariat gibt es die Abteilungen Informatik, Recht, Dokumentation, Zentrale Dienste, dann gibt es die Abteilung Personal und Finanzen & Controlling. Insgesamt arbeiten dort 41 Personen. Im Ressort Schulen / Stab Schulen, den Schuldiensten (nur Personal, Bauplanung, DTU, Technischer Dienst, ICT-Koordination) zählt man 51 Personen und im Ressort Dienste mit den Abteilungen Personal, Finanzen & Controlling, Sonderpädagogik, Schule und Freizeit, Sozialpädagogik, Materialzentrale 46 Personen plus die 5 Personen der neuen Abteilung Tagesbetreuung. Macht insgesamt 143 Personen in den ausgewählten Dienststellen.

... und heute

Der Vergleich mit dem heute aktuellen Staatskalender 2009 bis 2011 ist nicht ganz einfach, denn mit der Einrichtung der Bildungskoordination (17 Per-

sonen) und der Abteilung Volksschulen (3 Personen in der Leitung, 3 Personen für Projekte), wurden ganz neue Aufteilungen vorgenommen. Zusammen mit dem Generalsekretariat sind an diesen Stellen nun 30 Personen beschäftigt. Als Nächstes muss das Zentrum für Lehrpersonen berücksichtigt werden. Bei den Abteilungen DTU, ICT, Unterricht und Sonderpädagogik arbeiten 24 Personen (ohne Fachexperten). In der Abteilung Jugend, Familie und Sport wurden nur die Leitung, Kommunikation und Koordination, die Fachstelle Jugendhilfe und die Tagesbetreuung gezählt, was insgesamt 19 Personen ergibt. Der grosse Brocken sind dann die Zentralen Dienste mit Finanzen & Controlling, Rechnungswesen, Informatik, Materialzentrale und zahlreichen Personalabteilungen sowie den Abteilungen Raum

und Anlagen, Raumdienste und der Abteilung Recht. Dort sind 98 Personen aufgeführt, was insgesamt 171 Personen ergibt.

Gründe für Wachstum?

Nicht mitgezählt wurden über alle Jahre die Rektorate und Schulleitungen, ebenso die Bereiche Hochschulen und Sport. Eine Steigerung des Personalbestandes im schulnahen Bereich von fast 75 Prozent in 12 Jahren ist auffällig, aber nicht von vornherein negativ zu werten. Immerhin wurden zahlreiche neue Stellen geschaffen, und das ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt her sicher positiv. Es stellt sich aber die Frage, welche zusätzlichen Aufgaben vom ED übernommen wurden und inwiefern die Arbeit, die jetzt dort geleistet wird, dazu dient, den Lehrpersonen gute Bedingungen für ihr Kerngeschäft, den Unterricht, zu bieten. Die Ansprüche an die Basler

Schulen haben sicher zugenommen, ebenso sind die sozialen und demografischen Verhältnisse nicht einfacher geworden. Im Bereich Tagesbetreuung wurde ausgebaut, und die Raumbewirtschaftung wurde in den letzten Jahren aufwendiger. Doch war

die Schule vor 12 Jahren so viel einfacher als heute? Oder wurde beim ED so viel wichtige Entwicklungsarbeit damals einfach nicht geleistet? Ausreichend erklären lässt sich das Wachstum der ED-Verwaltung jedenfalls nicht.

Heidi Mück

„Projektflut und Bildungsbürokratie“

Faire Auseinandersetzung erwünscht

Wer eine Zeitung produziert, muss sich an Termine und Fristen halten, das ist beim *sektor erziehung* nicht anders als bei einer Tageszeitung. Im Bewusstsein, dass sich der Text zur Projektflut und zum Stellenzuwachs in der ED-Verwaltung auf dieser Seite auf relativ beliebige Grundlagen stützt, wollten wir dem Leiter der Abteilung Bildung, Hans Georg Signer, Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Leider – aber verständlicherweise – war es ihm aufgrund des Zeitdrucks nicht möglich, vor unserem Redaktionsschluss eine differenzierte Stellungnahme zu verfassen. Dies soll in der nächsten Ausgabe von *sektor erziehung* nachgeholt werden.

Willkürlicher Staatskalender

In einer ersten Reaktion teilte Hans Georg Signer mit, dass er die Sinnhaftigkeit und Richtigkeit der zusammengetragenen Zahlen aus dem Stand weder bestätigen noch bestreiten könne. Er bezeichnete als willkürlich, was im Staatskalender steht und was nicht, wies darauf hin, dass heute im Vergleich zu früher viel mehr Menschen Teilzeit arbeiten und dass die ED-Struktur wie auch die Aufgaben der Bildungsverwaltung heute nicht mit jener von vor 12 Jahren zu vergleichen sind. Gleichzeitig stellte er die Vermutung auf, dass Basel-Stadt im Vergleich mit anderen Kantonen absolut und relativ die kleinste Bildungsverwaltung habe. Die Kritik an der Projektflut des ED habe – so Signer – in den letzten Monaten merklich nachgelassen, ausser beim Qualitätsmanagement, welches ein allgemein unbeliebtes und deshalb häufig kritisiertes Projekt sei. Er äusserte den dringenden Wunsch, dass die Menschen, die in der Bildungsverwaltung tätig sind, an der Arbeit, die sie leisten, gemessen werden und nicht mit diffusen Anfeindungen eingedeckt werden sollen. Das ist ein völlig legitimer Anspruch, der für die Fortsetzung der Diskussion zu diesem Thema spricht.

Kritische Fragen, nicht Diffamierung

Dazu muss grundsätzlich festgehalten werden, dass ein Zuwachs an Verwaltungsstellen im Erziehungsdepartement und da-

mit ein Wachstum der staatlichen Aktivität im Bildungsbereich nicht prinzipiell negativ gewertet wird. Die Legitimation mancher Stellen darf jedoch genauso in Frage gestellt werden wie die Prioritätensetzung der ED-Leitung angesichts der beschränkten und wieder zunehmend knapper werdenden Staatsfinanzen. Die Lehrpersonen haben ein Recht darauf zu wissen, womit sich die Verwaltung im ED beschäftigt und welche konkreten Auswirkungen die Arbeiten, die dort geleistet werden, auf ihren Schulalltag haben. Dabei geht es nicht um die Diffamierung der Menschen, die an der Leimenstrasse arbeiten, sondern es geht um den berechtigten Wunsch, zu verstehen, was in der Bildungsverwaltung vorgeht, warum Projekte gestartet werden und welche Konsequenzen diese nach sich ziehen.

Das ist erst der Anfang

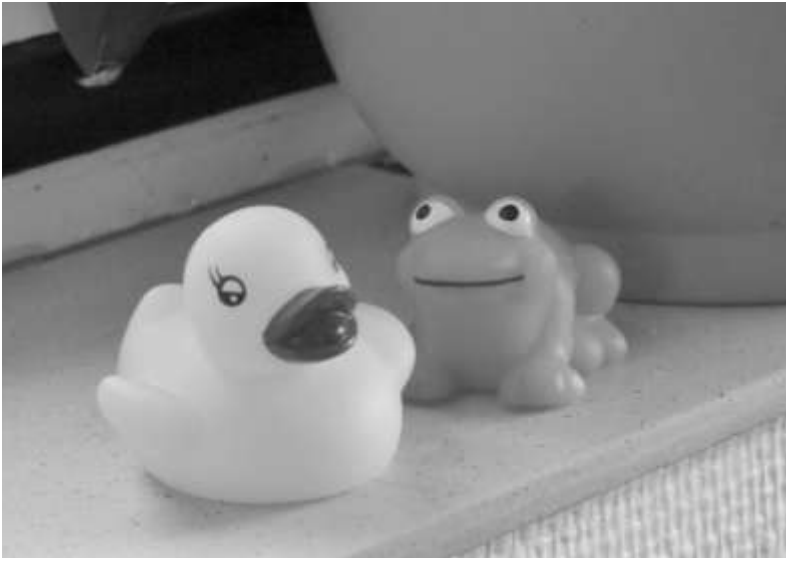
Der nebenstehende Text ist als Einstieg in diese Auseinandersetzung gedacht. In der nächsten Nummer von *sektor erziehung*, die Anfang 2010 zum ersten Mal integriert in den „vpod region basel“ erscheint, wird Hans Georg Signer die Gelegenheit haben, sich dazu zu äussern. Wir sind gespannt auf den weiteren Verlauf der Diskussion und freuen uns auch über Reaktionen von Leserinnen und Lesern.

Heidi Mück



Impressum

„sektor erziehung“ wird herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung im vpod und erscheint viermal jährlich. Jahresabonnement: Fr. 20.– Abonnementbestellungen sind zu richten an: sektor erziehung c/o GE im vpod Rebgasse 1, 4058 Basel Tel. 061 685 98 98 sekretariat@vpod-basel.ch PC: 40-37280-6 Verantwortlich für diese Nummer: Redaktionsgruppe se Namentlich gezeichnete Artikel geben die Ansicht der AutorInnen wieder. Diese kann, muss aber nicht mit dem GE-Standpunkt identisch sein. DTP: satzladen, 4007 Basel Druck: rumzeis, Basel Titelbild: uwe gruner Redaktionsschluss dieser Nummer 26. November 2009



Initiative „Ja zum Dialekt“

Krieg der Sprachen

Normalerweise wird über die rechtliche Zulässigkeit einer Initiative im Grossen Rat kaum diskutiert. Die eigentliche Debatte entzündet sich frühestens an der Frage, ob eine Initiative direkt vors Volk gebracht oder in einer Kommission beraten werden soll. Doch bei der Initiative „Ja zum Dialekt“ wird schon von Anfang an mit harten Bandagen gekämpft. Ein Bericht von Heidi Mück

Grund für die frühzeitige Aufregung der InitiantInnen war das Fehlen einer Schlussbestimmung im Initiativtext. Ohne Schlussbestimmung würde die Initiative am Tag nach ihrer Annahme durch das Volk wirksam. Da eine Änderung des Lehrplans der Kindergärten von einem Tag auf den anderen unmöglich ist, schlug die Regierung bei der Beratung der rechtlichen Zulässigkeit der Initiative vor, dass in der Schlussbestimmung festgehalten werden sollte, dass der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit bestimme.

InitiantInnen misstrauen dem ED-Vorsteher

Die InitiantInnen wollten ihrerseits eine Schlussbestimmung, die die Initiative auf Beginn des der Abstimmung folgenden Semesters wirksam werden liesse. In der Diskussion wurde klar, dass das Misstrauen der IG Dialekt gegenüber der Regierung und insbesondere gegenüber dem Erziehungsdirektor sehr gross ist, wurde doch die Befürchtung deponiert, dass das Anliegen der Initiative bei ihrer Annahme jahrelang nicht umgesetzt würde, weil das ED sich ja so klar dagegen ausgesprochen habe. Der Antrag wurde aber mit 48 gegen 31 Stimmen klar abgelehnt, womit der Vorschlag der Regierung in den Initiativtext aufgenommen und die Initiative mit dieser Ergänzung für rechtlich zulässig erklärt wurde.

Auch weiteres Vorgehen umstritten

An der darauf folgenden Grossratssitzung im November wurde über das weitere Vorgehen bezüglich dieser Initiative diskutiert. In seinem Bericht beantragte der Regierungsrat, dass die Initiative „Ja zum Dialekt“ ihm zur Berichterstattung überwiesen werden

solle. In seiner Argumentation verwies der Regierungsrat auf die Ergebnisse der Pisa-Tests, die Defizite in der Sprachkompetenz ergeben haben, und darauf, dass der frühe Beginn mit Standarddeutsch und der bewusste Umgang mit zwei Sprachvarietäten als Chance für alle Kinder gesehen werden. Die Festsetzung, dass die Lehrpersonen an den Kindergärten zu mindestens fünfzig Prozent Standarddeutsch sprechen sollen – ohne Sprachzwang für Kinder –, wurde von der Regierung verteidigt. Reduziert auf einzelne Sequenzen, wie dies die Initiative verlangt, liesse sich die Zielsetzung, Standarddeutsch lebendig werden zu lassen, weniger gut erreichen.

Die IG Dialekt beantragte in einem Brief an die Mitglieder des Grossen Rates, die Initiative ohne Gegenvorschlag und ohne Empfehlung sofort dem Volk vorzulegen. Sie argumentierte unter anderem mit der fehlenden demokratischen Legitimation der „Hochdeutschpflicht“ im Kindergarten und verwies auf die Koordination mit dem Kanton Baselland, wo die Regelung gilt, dass Hochdeutsch in täglichen längeren Sequenzen verwendet werden soll, aber keine Mindestdauer vorgeschrieben ist. Ausserdem berief sich die IG Dialekt auf eine Untersuchung, die offenbar zeigte, dass die Kindergartenlehrpersonen sehr skeptisch gegenüber der aktuellen Hochdeutsch-Regelung eingestellt sind.

Die Diskussion im Grossen Rat verlief nach dem erwarteten Schema, aber der Entscheid fiel dann doch überraschend klar aus: Mit 54 zu 27 Stimmen entschied das Parlament, dass die Initiative dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen werden soll. Damit ist der Weg frei für neue Verhandlungen mit dem Initiativkomitee und vielleicht sogar für einen Kompromissvorschlag.

Heidi Mück

Basel: vpod ruft zu Protest auf

Abbau: Jetzt reicht's!

Nachdem die Basler Regierung am 17. November eine neue Abbaurunde für 2011 in Aussicht gestellt hatte, ruft der vpod für den 9. Dezember (8.30 Uhr) zu einer Protestaktion vor dem Rathaus auf.

Abbauprojekt in den Schredder!

GE. Was ein Abbaupaket für die Schulen bedeuten kann, wissen wir nur zu gut. Noch immer warten wir auf die Erhöhung der Unterrichtslektionendächer, die für das Schuljahr 2005/06 gesenkt wurden. Dieser Abbau, der sich bis heute auf den Schulalltag, zum Beispiel durch Erhöhung der Lerngruppengrössen, auswirkt, wurde unter anderem mit „im Jahre 2004 beschlossenen, noch nicht erfüllten Sparaufträgen“ begründet.

Die neue Abbaurunde soll durchgeführt werden, nachdem beim Kanton soeben 600 Stellen abgebaut wurden! Immer mehr Mitarbeitende bezahlen den Dauerstress mit ihrer Gesundheit – auch an den Schulen. Der vpod erwartet von der Regierung, dass sie weitere Steuersenkungen abwehrt und den öffentlichen Dienst verteidigt, statt neue Abbaupakete aufzugleisen!



Aus Technik und Wissenschaft

Minderheitsmeinung

Am 17. September kastrierten sechs GE-Mitglieder im Verhältnis 4:1, bei einer Enthaltung den sektor erziehung. Diese peinlichen Zahlen wurden vom Sekretariat (in bester UBS-Manier?) bisher nicht kommuniziert.

Das neue Konzept, se eingebunden in das vpod-Blatt und um 75 % Text reduziert, war seitens des vpod bereits vor dem Beitritt der GE geplant. Um den Kollektivbeitritt nicht zu gefährden, wurde der sektor in der bisherigen Form vorläufig weitergeführt („Der vpod ist gewillt,

Sanierung Pensionskasse

Voraussichtlich in der Januarsitzung des Grossen Rates wird die Sanierung der Pensionskasse verhandelt. Der vpod wehrt sich dagegen, dass das Personal die Folgen der unzulänglichen Ausfinanzierung der Kasse paritätisch mitbezahlen muss. Die Arbeitgeberseite soll die Verantwortung dafür übernehmen und die Garantie auf der fehlenden Wertschwankungsreserve einlösen! Die finanzielle Belastung der Pensionierten und des Personals muss reduziert werden.

Automatischer Teuerungsausgleich!

Noch in diesem Jahr wird – so ist zu befürchten – eine Motion aus den Reihen der bürgerlichen Parteien zur Abschaffung des automatischen Teuerungsausgleichs und für die Einführung von Leistungslohn an die Regierung überwiesen werden. Nicht schon wieder! Der vpod erwartet von der Regierung, dass sie sich gegen den Leistungslohn stellt!



Verfehlte Sparpolitik

Die NZZ berichtet

se. Im Beitrag „Eurobondmarkt / Marktformen sind nur ein erster Schritt“ der NZZ vom 21. September 2009 lesen wir unter anderem: „Die Analytiker von Lombard Street Research werden nicht müde hervorzuheben, dass die Finanzblase und ihr Platzen ein Zusammenspiel der Anlage suchenden Überschüsse von Ländern mit exzessivem Sparen (und unterentwickeltem Konsum) einerseits und des (durch lockere Geldpolitik ermöglichten und vorangetriebenen) Booms der Verschuldung und der Innovation von Finanzinstrumenten andererseits sind. Sie bezeichnen die Schuldenblase in den USA, Grossbritannien, Spanien und anderen Ländern als Konsequenz (und nicht als Ursache) der strukturellen Sparüberschüsse von China, Japan und anderen asiatisch-pazifischen Ländern, aber auch von Deutschland und seinen Nachbarn Schweiz, Österreich, Benelux und Skandinavien.“

Ob das Finanzminister Merz und unsere Kantonsregierungen wissen?

rechnet, auf 4 Seiten von 16 (plus 8 Seiten vpod-Teil); die neue fünfte Ausgabe pro Jahr macht den Speck auch nicht feiss (insgesamt 20 Seiten von 64).

Es entsteht der Eindruck, dass es dem vpod gar nicht in erster Linie ums Sparen ging. Gestört hat, dass der se ein vpod-unabhängiges Outfit hat und sich auch sonst sehr selbstständig gab. Im vpod schreiben fast ausschliesslich Funktionäre – mit Foto.

Es ist den Mitgliedern offenbar nicht klar, dass der se ein entscheidendes Mittel für die GE war, bildungspolitische und gewerkschaftliche Initialfunktion und Leadership zu übernehmen. Zudem ist auch für die innere Stärke ein bildungspolitisches Organ wichtig. Es ermöglicht die bildungspolitischen Diskussionen und die Festlegung des Kurses innerhalb der Gewerkschaft.

Die „Fusion“ mit dem vpod hat die erwarteten Synergien offensichtlich nicht erbracht. Im Gegenteil: Die GE verlor Mitglieder und bewegt sich in Richtung der vpod-Lehrergruppe auf ein einflussloses klägliches Vorsichhindümpeln. Schade!

Wir danken dem Redaktor, der nicht unserer Meinung ist, dessen noble demokratische Gesinnung uns dennoch erlaubt, diese „Glosse“ ungekürzt hier zu publizieren.

Wir sind aus der GE im vpod ausgetreten.

Petronius A. Syntax,
d.i. Urs Forster

Augenschein im Südosten der Türkei



Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van unterstützt zwei Bildungs- und Beratungsprojekte in Van. Letzthin besuchte eine Delegation des Vereins die Stadt im Südosten der Türkei. Auf unserem Bild ist die Wäscherei Maya zu sehen, die ihren Namen zu Ehren von Vereinsmitglied Maya Heuschmann erhielt. Der Verein hat die Wäscherei mit über 100'000 Franken unterstützt und ist auf dem Schild erwähnt (unterste Zeile). Foto Martin Flückiger

Erfahrungsaustausch mit der türkischen LehrerInnen-Gewerkschaft Egitim-Sen

Vielfache Herausforderungen

Martin Flückiger und Kaspar Birkhäuser hatten vor Kurzem Gelegenheit, in der Türkei VertreterInnen der LehrerInnen-Gewerkschaft Egitim-Sen zu treffen. *sektor erziehung* wollte von ihnen wissen, was sie dabei in Erfahrung brachten.

Seit wann gibt es Egitim-Sen?

Kaspar Birkhäuser: Die LehrerInnen-Gewerkschaft Egitim-Sen wurde nach dem Militärputsch von 1980 gegründet. Damals war es dem Staatspersonal strengstens verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Daher führte Egitim-Sen weder Mitgliederlisten noch Bankkonten und zog die Mitgliederbeiträge „von Hand“ in bar ein. Erst im Jahr 2000 wurden – im Rahmen der Annäherung der Türkei an die EU – Gewerkschaften legalisiert. Heute gibt es für die rund 700'000 türkischen Lehrpersonen drei Gewerkschaften: eine nationalistische, eine religiöse und die sozialistische Egitim-Sen. Diese zählt rund 110'000 Mitglieder und ist die aktivste der drei. Wichtige Forderungen sind das Recht auf Kollektivverhandlungen und das Streikrecht.

Martin Flückiger: Ihre schlimmste Zeit erlebte die Gewerkschaft in den Jahren 1990 bis 1995, als der Krieg zwischen der kurdischen Arbeiterpartei PKK und der türkischen Armee auf dem Höhepunkt war. Die Polizei durchsuchte Büros und verhaftete, folterte oder tötete Aktivistinnen und Aktivisten. Auch nach ihrer Legalisierung war die Gewerkschaft immer wieder staatlicher Repression ausgesetzt.

Welche bildungspolitischen Diskussionen beschäftigten Egitim-Sen in letzter Zeit?

M.F.: Eine zentrale Forderung von Egitim-Sen ist diejenige nach

muttersprachlichem Unterricht. Wegen dieser Forderung hat die Staatsanwaltschaft 2002 ein Verfahren gegen die Gewerkschaft eingeleitet. Das löste massive Proteste von SchülerInnen und Lehrkräften aus. Der Staat reagierte mit Verhaftungen, Folter, Studienverboten, Anklagen und Versetzungen von Lehrkräften. Der Gewerkschaft drohte ein Verbot. Um all das, was in den vergangenen Jahren aufgebaut wurde, nicht zu gefährden, entschloss sich Egitim-Sen nach heftigen internen Debatten, den Passus „Recht auf muttersprachlichen Unterricht“ aus dem Programm zu streichen. Trotz dieser Konzession hat die Forderung nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Praxis der Gewerkschaft.

Bei uns lässt sich beobachten, dass Ausgaben, die bisher vom Staat getragen worden sind, zum Teil auf die Eltern abgewälzt werden oder abgewälzt werden sollen. Wie sieht das in der Türkei aus?

K.B.: Egitim-Sen verlangt eine uneingeschränkt kostenlose staatliche Schulbildung für alle Kinder, was heute noch nicht der Fall ist. Die Kosten für Schuluniformen und für das Verbrauchsmaterial, ja sogar die Heizkosten für das Schulhaus werden auf die Eltern abgewälzt. Einzig der Lohn der Lehrkräfte wird vom Staat übernommen. Ein Kind kann ohne Uniform nicht zur Schule gehen, was viele Kinder aus ärmeren Schichten vom

Unterricht ausschliesst. Zwar gibt es vor allem in den Minderheitsgebieten wie dem kurdischen Südosten auch staatliche Internate, die kein Schulgeld verlangen. Diese verfolgen aber vor allem ein Ziel: Indoktrination der Kinder und deren Anpassung ans Türkentum. Ein Gesprächspartner sprach in diesem Zusammenhang von „Türkenfabriken“. **M.F.:** Die Auflagen des Internationalen Währungsfonds verschärfen die Geldnot im Bildungswesen massiv. Gab der Staat 2002 noch 17 Prozent des Budgets für Bildung aus, sind es 2009 gerade noch 4 Prozent. Einige Schulhäuser sind dazu übergegangen, den Pausenplatz an Private zu vermieten, etwa für Parkplätze oder den Betrieb einer Cafeteria, um so zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Welche Auswirkungen hat dies auf die Bildungschancen des Einzelnen?

K.B.: Die Türkei ist noch sehr weit von Chancengleichheit im Bildungswesen entfernt. Neben den schon erwähnten Ursachen liegt dies auch daran, dass die Hürden für den Zugang zu einem Universitätsstudium sehr hoch sind. Wer studieren will, muss eine zweistufige Prüfung absolvieren. Für beide Prüfungen werden enorm teure Vorbereitungskurse angeboten, die nur von wohlhabenden Eltern bezahlt werden können.

M.F.: Ungleiche Bildungschancen bestehen auch zwischen den Geschlechtern. In der noch weitgehend paternalistisch geprägten Gesellschaft der Türkei sind es oft die Mädchen, an denen gespart wird. Wenn das Familienbudget knapp ist, wird zuerst in die Bildung der Söhne investiert. Auf dem Land sind ausserdem zehnköpfige Familien keine Seltenheit. Wenn beide Elternteile arbeiten, bleibt eben die älteste Tochter zu Hause und passt auf die Geschwister auf. Daher kommt es, dass vor allem unter Frauen Analphabetismus keine Seltenheit ist.

Wie sieht die materielle Situation der Lehrerinnen und Lehrer aus?

M.F.: Die Situation der Lehrkräfte in der Türkei ist mit derjenigen in der Schweiz nicht vergleichbar. Eine Lehrkraft verdient umgerechnet zirka 1000 Franken im Monat. Zum Vergleich: Die Miete für eine einigermaßen passable Wohnung in Istanbul beträgt zirka 450 Franken. Ausserdem haben die Lehrkräfte in der Türkei das höchste Unterrichtspensum im ganzen OECD-Raum, nämlich 25 bis 30 Lektionen pro Woche. Erschwerend kommt hinzu, dass die Klassen sehr gross sind. 40 Schülerinnen und Schüler sind das Minimum, Klassen mit über 60 Schülerinnen und Schülern keine Ausnahme. Umso wichtiger ist es, dass sich Egitim-Sen mit viel Engagement für Verbesserungen im Bildungswesen einsetzt. Dass das türkische Parlament soeben ein Gesetz verabschiedet hat, das die Verwendung der kurdischen Sprache legalisiert, ist nicht zuletzt dem hartnäckigen Kampf von Egitim-Sen zu verdanken.



Junge Frau beim Weben eines Kelims. Foto Kaspar Birkhäuser

Städtepartnerschaft Basel-Van

mf. Angesichts der Notlage in der kurdischen Stadt Van im Südosten der Türkei gründeten MigrantInnen kurdischer und türkischer Herkunft sowie politisch aktive Einheimische im November 2000 gemeinsam den Verein Städtepartnerschaft Basel-Van. Der Verein verfolgt den Zweck, einerseits konkrete Projekte, die zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung Vans beitragen, finanziell zu unterstützen. Andererseits will der Verein hier in der Schweiz auf die prekären Verhältnisse und Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Gebieten der Türkei aufmerksam machen. Der Verein unterstützt aktuell zwei Projekte: eine Kelim-Werkstatt und eine Wäscherei. Beide Projekte zielen darauf, Frauen – vorwiegend Binnenflüchtlinge aus den von der türkischen Armee zerstörten Dörfern – in der Bewältigung ihres Alltags zu unterstützen und ihnen den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Auf Antrag des Vereins sind beide Projekte mit namhaften Beträgen aus dem Fonds für Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt unterstützt worden, die Wäscherei ausserdem von der Gemeinde Binningen.

Die Kelim-Werkstatt in Van beschäftigt vor allem junge Frauen zwischen 14 und 20 Jahren. Die meisten haben nur eine rudimentäre oder gar keine Schulbildung und leben in prekären Verhältnissen. Sie lernen in der Werkstatt einerseits das traditionelle Handwerk des Teppichwebens und können so einen wichtigen Beitrag zum Familieneinkommen leisten. Andererseits erhalten sie auch Schulunterricht. In der Türkei können – unabhängig vom Alter – jedes Jahr staatlich anerkannte Prüfungen auf allen Bildungsstufen absolviert werden. Die Kelim-Werkstatt bereitet die jungen Frauen auf diese Prüfungen vor. So konnten bisher 120 den Primarschulabschluss machen, 30 den Mittelschul- und 16 den Gymnasialabschluss. Auch das zweite vom Verein unterstützte Projekt, die Wäscherei in Van-Bostanici, ist letztlich ein Bildungsprojekt. Denn während die Maschinen die Wäsche waschen, können die Frauen diverse Bildungsangebote wahrnehmen.

Kontakt: Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, Postfach 225, 4005 Basel. www.basel-van.ch

gewerkschaft erziehung? – Ich möchte mehr darüber wissen!

- Ich möchte der GE im vpod beitreten, bitte schickt mir Informationen
- Ich möchte den „sektor erziehung“ abonnieren (Jahresabo 20 Fr.)
- Bitte schickt mir Unterlagen für ein Geschenkabo
- Ich möchte zu einem Interessiertenznacht eingeladen werden

Name:

Adresse:

.....

.....

Einsenden an GE im vpod, Rebgrasse 1, Postfach, 4005 Basel
www.gewerkschaft-erziehung.ch

Pädagogische Hochschule

Mitwirkungsrechte respektieren!

Nach wiederholten Auseinandersetzungen um die fehlende Mitwirkung an der Pädagogischen Hochschule (PH) setzte deren Direktor per 1. September ein neues Geschäftsreglement provisorisch in Kraft. Die im Sommer neu gewählte Mitwirkungskommission (MOM) konnte vor der Inkraftsetzung nicht Stellung nehmen dazu, und das Geschäftsreglement konzentriert eine Fülle von Entscheidungen beim Direktor der PH. Die Mitwirkungsrechte aus dem Staatsvertrag und aus dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) sind in keiner Weise abgebildet.

mm. Die Lehrerinnen- und Lehrerverbände (AG, BS, SO) und der vpod reagierten mit einem Flyer an die Mitarbeitenden auf diese Verletzung der Mitwirkungsrechte im GAV und forderten diese dazu auf, mit einer E-Mail ihre Zustimmung zur Forderung der Verbände zum Ausdruck zu bringen. Die Forderung: Es soll ein neues Geschäftsreglement unter Berücksichtigung der Mitwirkung geschaffen werden, welches die Mitwirkungsrechte des GAV respektiert.



Mitwirkung auf allen Ebenen beschnitten

Die MOM hat im neuen Geschäftsreglement keine Mitsprache mehr beim Geschäftsreglement, bei der Strategie des Studienangebots, bei der Gründung/Schliessung von Instituten, bei Berufungen, Studienbetrieb und Prüfungsreglementen. Sie hat weiter kein Antragsrecht mehr bei Personalentscheidungen. Sogar über das bisher selbst verwaltete MOM-Wahlreglement entscheidet neu der Direktor! Was bleibt: das Antragsrecht auf Änderungen des Mitwirkungsreglements.

Über diese Anträge entscheidet dann der Direktor alleine.

Betroffen vom Abbau der Mitwirkungsrechte sind auch die Institute und die Abteilungen (bzw. die Professuren). So wurde z.B. das PH-Geschäftsreglement bisher unter Beteiligung aller Instanzen (Hochschulleitung, Institutsleitende, Abteilungsleitende und Mitwirkungsausschuss) erarbeitet. Neu wird es nur noch in der Hochschulleitungskonferenz beraten.

PH braucht Mitwirkungskultur

Eine pädagogische Hochschule bildet Lehrpersonen aus, die ihrerseits ganze SchülerInnen-Generationen zur Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft heranbilden. An der PH ist deshalb eine Kultur der Auseinandersetzung um Inhalte und Verfahren unabdingbar. Die Verbände haben in ihrem Flyer gegen den Umbau der PH zum streng

hierarchischen Funktionsprinzip einer privatwirtschaftlichen Firma protestiert, der in diesem neuen Geschäftsreglement zum Ausdruck kommt.

Der PH-Direktor machte in der Aufforderung zu einer zustimmenden E-Mail eine Verletzung der GAV-Friedenspflicht aus. Die Kommunikation mit dem Personal via Flugblatt wurde bisher im Einflussgebiet des vpod region basel in keinem Betrieb, in keiner Institution als Verletzung der Friedenspflicht ausgelegt. Dass die Meinungsäusserungsfreiheit der Verbände und Gewerkschaften in Frage gestellt wird, das ist neu – und äusserst bedenklich! Die Auseinandersetzung auf dieser Metaebene bringt aber gar nichts. Das Problem der FHNW liegt beim Druck, unter dem sie steht, wirtschaftlich erfolgreich zu sein, bei der Unterfinanzierung und dem verordneten Wettbewerb um Studierende und Drittmittelaufträge, bei der Ökonomisierung von Bildung und Forschung. Im Räderwerk dieser unsäglichen Entwicklung bedeutet Mitwirkung Sand im Getriebe und ist unerwünscht.

Vielleicht täte den Fachhochschulen eine Bewegung der Studierenden gut, welche die Aula besetzen, demokratische Fachhochschulen fordern und die Entwicklung der Bildung zum wichtigsten Wirtschaftswachstumsfaktor in der sogenannten Wissensgesellschaft in Frage stellen. Vorerst haben rund 100 Mitarbeitende der Forderung der Verbände zugestimmt. Diese erarbeiten jetzt eine neue Version des Geschäftsreglementes, welches die Mitwirkungsrechte enthält.



Uni Basel

vpod unterstützt den Protest

se. Die Uni ist eigentlich die tertiäre Ebene des öffentlichen Bildungssystems. Der vpod forderte schon bei der Vernehmlassung zum Staatsvertrag, dass bildungspolitisch relevante Entscheidungen in die Kantonsparlamente gehören. Stattdessen wird die Uni vom Unirat gemanagt wie ein privater Konzern und zusehends umgebaut in Richtung vermarktbarer Forschung. Sieben von elf Uniratsmitgliedern kommen aus der Wirtschaft. Wenn die Studierenden die Wirtschaftsdominanz kritisieren, sind sie keineswegs schlecht informiert, wie Unirat-Präsident Vischer in der BaZ behauptete.

Der vpod unterstützt die Forderungen der Studierenden und des Uni-Personals nach einer demokratischen Uni, für die Abschaffung des Unirates und der Studiengebühren, für bessere Anstellungsbedingungen des Uni-Personals, für Bildung als öffentliches Gut und für eine Hochschulbildung im Interesse der gesamten Gesellschaft jenseits von neoliberalen Wirtschaftswachstumsstrategien.



Baselland: Aus dem Land- und Regierungsrat

Frühförderung: Erfolg!

Die Motion von SP-Landrätin Regula Meschberger für Frühförderung wurde vom Landrat am 24. September als (weniger verbindliches) Postulat an die Regierung überwiesen. Das ist sehr erfreulich! Dagegen war nur die SVP, die findet Frühförderung sei Privatsache beziehungsweise Sache des Elternhauses.

se. Die Motion im Wortlaut: „Die Ergebnisse der neuesten PISA-Studie haben bestätigt, was Fachleute schon lange wissen. 11 bis 15 Prozent der jungen Menschen finden nach der Volksschule keinen Anschluss ins Berufsleben, und das trotz zahlreicher Anschlussangebote. Ein grosser Teil dieser Betroffenen hatte während der ganzen Schulzeit Schwierigkeiten, deren Ursache nicht zuletzt in ungenügenden Sprachkenntnissen liegt. Dazu kommen immer mehr Kinder in den Kindergarten, die keine elementaren Kulturtechniken (Malen, Zeichnen, Schneiden, Kneten usw.) beherrschen, ja sie nicht einmal kennen. Wo die Mängel so gross sind, reicht die Zeit in Kindergarten und Primarschule nicht aus, solche Mängel

wirklich und nachhaltig zu beheben. Diese Kinder müssen früher erfasst werden. Damit steigt die Bedeutung der Frühförderung. In vielen Gemeinden sind Spielgruppen für Kinder ab drei Jahren vorhanden. Allerdings braucht es ein viel grösseres Angebot als heute. Zudem müssen Lösungen für Familien gefunden werden, die sich das Angebot aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Im Weiteren braucht es Angebote im Zusammenhang mit Spracherwerb und Sprachförderung. Erste Versuche gibt es bereits in einigen Spielgruppen im Kanton. In Bezug auf die Chancengleichheit braucht es im ganzen Kanton entsprechende Angebote. Das gelingt aber nur, wenn der Kanton Angebote in den Gemeinden koordiniert und mit Anschubfinanzierungen unterstützt. Dazu braucht es eine gezielte Unterstützung spezieller Sprachförderungsprojekte. Wir fordern den Regierungsrat auf, möglichst schnell ein Konzept zur konkreten Förderung der Frühförderung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung im ganzen Kanton zu erstellen und dem Landrat die für die Umsetzung erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzuschlagen.“

Kleinere Klassen – mit Stichentscheid gebodigt!

Erstaunliches tat sich im Landrat am 12. November. Die Motion für kleinere Klassen an der Sekundarschule von SVP-Mann Paul Wenger schaffte es zu einem Stimmenverhältnis von 39 zu 39! Sie wurde dann leider durch den Stichentscheid des FDP-Landratspräsidenten abgelehnt.

mm. „Die Leistungsunterschiede auf unserer Sekundarstufe sind beachtlich. Je grösser diese Unterschiede sind“, so Paul Wenger, „umso schwieriger ist es für eine Lehrperson, allen Schülerinnen und Schülern auch nur halbwegs gerecht zu werden, geschweige denn die vorgegebenen Lernziele zu erreichen. In vollen und überfüllten Klassen wird dies faktisch verunmöglicht! Ein individueller Unterricht ist in einer solchen Umgebung ausgeschlossen, und Lehrformen wie beispielsweise Werkstattunterricht oder Gruppenarbeiten sind von allem Anfang an zum Scheitern verurteilt. Was bleibt ist der klassische Frontalunterricht, bei welchem jedoch die

Förderung von Kreativität, Teamfähigkeit und vieles mehr zu kurz kommen.“ Da können wir nur zustimmen.

Die Motion hatte eine Senkung der SchülerInnen-Höchstzahlen von 20 auf 16 (Niveau A) und von 26 auf 20 (Niveau E und P) verlangt. Das erstaunlich knappe Abstimmungsergebnis lässt immerhin hoffen, dass Verbesserungen der Unterrichtsbedingungen politisch nicht völlig unmöglich sind.

Die Regierung macht Theater...

Kommt sie, oder kommt sie nicht, die Einführung der Frühfremdsprachen, das ist hier die Frage. – Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles, ach wir Armen!

mm. Was für ein Theater: Da verkündete die Baselbieter Regierung im Oktober, sie hätte keine 17 Millionen Franken für die Weiterbildung der LehrerInnen in Frühfremdsprachen wegen verengtem finanziellem Spielraum. Die Einführung der Frühfremdsprachen müsse verschoben werden. Am 29. Oktober reichte SP-Land-

rätin Eva Chappuis eine dringliche Motion ein und forderte den Regierungsrat auf, den Verpflichtungskredit dem Landrat unverzüglich vorzulegen. Dieser hatte nämlich mit Beschluss vom 1. Februar 2007 den Regierungsrat beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Die Vorlage war auch bereits im Bildungsrat, der die Einführung um ein Jahr auf das Schuljahr 2012/13 verschoben hat.

Auf einen Rückkommensantrag des Bildungsdirektors Wüthrich hin hat der Regierungsrat den Einführungskredit für die Frühfremdsprachen zwar auf 15 Mio. Franken gekürzt (auf Kosten der Austauschpädagogik), aber doch noch gesprochen.

Wenn schon das Geld für diese einmaligen Kosten fehlt, wie sollen denn all die weiteren Reformen finanziert werden? Unter den heutigen Bedingungen an den Schulen kann nicht integriert werden. Der vpod-Lehrberufe stellt 13 Forderungen zur Verbesserung der Schulen, und diese ziehen wiederkehrende Mehrkosten nach sich.

Wenn die Baselbieter Regierung Theater machen will, dann kann sie jederzeit in die Trägerschaft des Theaters Basel einsteigen.

Basel: Deutsch für Dreijährige

Eindeutige Zustimmung

Das Projekt „Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten“ fand überraschend eindeutige Zustimmung im Grossen Rat. Trotz zahlreichen offenen Fragen kann das Erziehungsdepartement nun mit der Sprachförderung vor dem Kindergarten starten. Ein Bericht aus der Grossratsdebatte.

Nur von Seiten der SVP und des Grünen Bündnisses kamen Änderungs- und Ablehnungsanträge, die übrigen Fraktionen sprachen sich grundsätzlich für die Änderung des Schulgesetzes und des Tagesbetreuungsgesetzes aus. Die Mehrheit der Fraktion Grünes Bündnis wehrte sich gegen das Teilobligatorium, da eine solche „Zwangsmassnahme“ sich negativ auswirken würde, und berief sich dabei auch auf Aussagen von Wissenschaftlern. Weiter wurde dem Projekt von dieser Seite vorgeworfen, dass dadurch zwei Klassen von MigrantInnen geschaffen würden, weil für die „Expatriat-Familien“ (international mobile Kaderleute) Ausnahmen vom selektiven Obligatorium möglich sein sollen. Die SVP appellierte wie immer an die Selbstverantwortung und wollte ein freiwilliges Angebot, das die Eltern mit Überzeugung und selbstverständlich auf eigene Rechnung in Anspruch nehmen sollen.



Foto Martin Stohler

gestellt, doch wurde von verschiedenen SprecherInnen noch immer eine Ungleichbehandlung zwischen deutsch- und fremdsprachigen Familien moniert. Weiter wurden auch hinsichtlich des Abklärungsprozederes für das Teilobligatorium grosse Vorbehalte angebracht.

Lernbereitschaft glaubwürdig

Der Erziehungsdirektor verwies auf den Handlungsbedarf, der klar gegeben sei, weil die Probleme für Menschen, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, immer grösser werden. Die Frage, ob der Staat in dieser Sache in das Recht der Eltern und die Autonomie der Familie eingreifen dürfe, beantwortete er klar mit einem Ja – zum Wohle des

Kindes. Aus der Sicht der Kinder sei dieses Angebot ganz sicher keine Stigmatisierung. Ohne Teilobligatorium sei die Gefahr zu gross, dass diejenigen Kinder, die es am nötigsten hätten, nicht erreicht würden. Nicht zuletzt die glaubwürdige Versicherung, dass das Projekt laufend evaluiert werde und dass die Erkenntnisse daraus in die weitere Arbeit einfließen sollen, hat schliesslich den Ausschlag gegeben, dass eine komfortable Mehrheit des Grossen Rates den Startschuss für das doch mit einigen Unsicherheiten befrachtete Unternehmen gegeben hat. Nach dieser Entscheidung sind die Verantwortlichen aber auch verpflichtet, ihre Versprechungen einzuhalten und wenn nötig rasche Verbesserungen vorzunehmen.

Heidi Mück

Kritik und Fragezeichen

Die übrigen Fraktionen stellten sich hinter das Projekt, obwohl auch bei ihnen verschiedene Kritikpunkte bestehen. Insbesondere die Tatsache, dass Familien, die ein niedriges Einkommen aufweisen, aber nicht unter das Teilobligatorium fallen, die Spielgruppe für ihr Kind selber bezahlen müssen, wurde kritisiert. Zwar hat das Erziehungsdepartement auf diese Kritik, die schon in der Vernehmlassung geäussert worden war, reagiert und eine Reduktion gemäss den Bedingungen bei Prämienermässigung der Krankenkasse in Aussicht

Basel: Shoppen ohne die Kleinen

Kinderhütendienst im „Stücki-Shopping“

Im „Stücki-Shopping“ können KundInnen für wenig Geld ihr Kind hüten lassen. Das Billigangebot kann unter Umständen aber recht teuer werden.

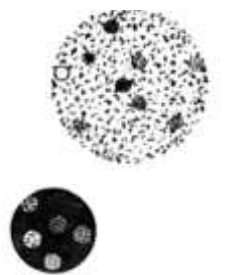
Das neu eröffnete Einkaufszentrum „Stücki-Shopping“ in Kleinhüningen bietet einen Kinderhütendienst an. Den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) ist zu entnehmen, dass „Stücki-Jungle“ unter der Leitung von Smallworld Kinderhütendienst GmbH steht und im Unterauftragsverhältnis von Johnson Controls GWS GmbH (Geschäftsfelder laut Homepage Johnson Controls: Fahrzeugausstattung, Energielösungen, Gebäudeeffizienz) Kinder zwischen drei bis acht Jahren für maximal vier Stunden betreut. Der „Stücki-Jungle“ ist von Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 20 Uhr geöffnet und samstags von 9 bis 18 Uhr.

Kein pädagogisches Konzept

Im Höchstfall können bis zu 50 Kinder im „Stücki Jungle“ betreut werden, über die Anzahl MitarbeiterInnen gibt es leider keine Informationen in den AGB, ebenso steht nichts über die Ausbildung des Personals. Die Betreiber weisen explizit darauf hin, dass „Stücki-Jungle“ „kein Ersatz für eine regelmässige tägliche Kinderbetreuung“ ist, deshalb sucht man wohl auch vergeblich nach einem pädagogischen Konzept. In den rund zweieinhalb A4-Seiten umfassenden AGB finden sich folgende zwei Sätze zum Inhalt des Angebots: „Den Kindern werden interessante und altersgerechte Spielsachen in einem sicheren und sauberen Betrieb zur Verfügung gestellt. Im Kinderkino werden nur Filme gezeigt, die sorgfältig ausgesucht wurden.“

Nicht ohne Handy

Umso interessanter sind die Preise, die sich zwischen drei Franken für eine Stunde bis zu zehn Franken für vier Stunden bewegen und damit sehr günstig sind. Bei Schwierigkeiten wird es jedoch schnell teuer: Wird ein Kind nach maximal vier Stunden und zehn Minuten nicht abgeholt, wird eine Zusatzgebühr von 25 Franken fällig, und wenn ein Kind erst nach Ende der Öffnungszeiten abgeholt wird, zahlt der Kunde 25 Franken pro 15 Minuten Verspätung. Die verantwortliche Person darf das „Stücki-Shopping“ nicht verlassen und muss zwingend während der gesamten Betreuungsdauer des Kindes telefonisch erreichbar sein. Wer kein Handy hat, kann gegen ein Depot von 25 Franken eines ausleihen. Wenn ein Kind weint, nehmen die Mitarbeiter Kontakt mit der verantwortlichen Person auf, wenn diese nicht erreicht werden kann, wird ein Zuschlag von 25 Franken berechnet. Wird die verantwortliche Person erreicht, hat sie maximal 15 Minuten Zeit, ihr Kind abzuholen, geht es länger, wird ein Zuschlag von 25 Franken berechnet.



Basel: Lehrstelleninitiative

Auf alle Fälle erfolgreich

Am 11. November verabschiedete der Grosse Rat den Ratschlag zur Änderung des kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung. Ob die Lehrstelleninitiative nun zurückgezogen wird, war bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Die Initiative hat jedenfalls viel bewegt und erreicht.

Die Regierung kam den Initianten mit ihren Änderungen im Berufsbildungsgesetz sehr entgegen (vgl. se 3/09). Einzig das Herzstück der Initiative, die Einrichtung eines Berufsbildungsfonds, war im Ratschlag nicht vorgesehen. Dieses Anliegen dominierte aber die Grossratsdebatte. Schon in der vorberatenden Kommission war der Antrag, dass die zuständige Verwaltungsabteilung je nach Entwick-

lung des Lehrstellenmarktes eine Solidaritätsabgabe für Betriebe, die keine Ausbildungsplätze anbieten, prüfen kann, nur knapp (durch Stichentscheid der Präsidentin) gescheitert. Es war daher klar, dass im Ratsplenum ein ähnlicher Antrag nochmals gestellt werden würde. Die federführenden Fraktionen SP und Grünes Bündnis einigten sich auf den sehr massvollen Antrag, dass der Kanton eine Solidaritätsabgabe in der Höhe von

maximal 1000 Franken für die Finanzierung der Massnahmen zur Verbesserung der Lehrstellensituation erheben kann. Dieser Antrag wurde von bürgerlicher Seite und von Gewerbetreibenden mit den bekannten Argumenten aufs Heftigste bekämpft und scheiterte mit 37 gegen 46 Stimmen klar.

Danach war das Ganze nur noch eine Formsache. Sämtliche von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes über die Berufsbildung wurden angenommen, und dem Ratschlag wurde zugestimmt. Während der Debatte wurde von denselben Exponenten, die eine Solidaritätsabgabe bekämpft hatten, mehrfach dazu aufgerufen, die Lehrstelleninitiative nun zurückzuziehen. Ob sich die Initianten nun durch diesen Teilerfolg zu einem Rückzug bewegen lassen, war bis Redaktionsschluss nicht zu erfahren.

Hinweis aus Theorie und Praxis



Natürlich hat Kollega Syntax recht, 518 Zeichen sind weniger als 2262 (vgl. „Aus Technik und Wissenschaft“, S. 3) – in der Theorie auf jeden Fall. In der Praxis jedoch, liebe Leserin, lieber Leser, können 518 Franken auch mal mehr sein als 2262: Wenn Sie nämlich ein Future erworben und erfolgreich auf Baisse spekuliert haben. Sprechen Sie mit Ihrem Finanzberater, oder abonnieren Sie die neue Zeitung mit dem Talon auf Seite 4. Schöne Festtage wünscht Theophil Vinaigre

Baselland: Integrative Schule BL

vpod stellt 13 Bedingungen

Das sonderpädagogische Konzept, das in beiden Kantonen in einer mündlichen Konsultation war, befasst sich vorwiegend mit der finanziellen Steuerung. Im Kanton Baselland stellt der vpod 13 Bedingungen und fordert ein Integrationsmoratorium, bis diese ausgehandelt sind.

vpod. Immer mehr Eltern wollen Kinder mit einer Behinderung oder mit besonderen Lernschwierigkeiten in die Regelschule schicken. Das ist verständlich. Der vpod begrüsst die Reform „eine Schule für alle ohne Ausgrenzung“. Sie kann aber nur gelingen, wenn die Bedingungen stimmen. Der vpod stellt für die basellandschaftlichen Schulen 13 Bedingungen und fordert ein Integrationsmoratorium.

Bis Ende September war das sonderpädagogische Konzept beider Kantone in einer mündlichen Konsultation. Es befasst sich vorwiegend mit der finanziellen Steuerung und gibt keine Antwort auf die Frage, mit welchen Ressourcen die integrativen Schulen rechnen können. Ohne zusätzliche Mittel kann diese Reform nicht gelingen. Die Lehrpersonen sind nicht bereit, unzureichende Ressourcen durch Engagement bis zum Burnout auszugleichen.

Unser hoch selektives Schulsystem, das nach jeder Schulstufe leistungsschwächere SchülerInnen ausschliesst, eignet sich denkbar schlecht für die Integration. Erfolgreiche integrative Schulen wie in Finnland oder Schweden haben keine Selektion bis Ende der obligatorischen Schulzeit. Eine der Bedingungen des vpod ist deshalb, dass die Selektion zurückgefahren wird.

Keine Zerstückelung der Heilpädagogik!

Es ist unhaltbar, dass pro SchülerIn mit Behinderung nur wenige Lektionen heilpädagogische Unterstützung vorgesehen sind. Der vpod fordert als Grundausstattung pro Klasse zwei volle Pensen (Lehrperson und HeilpädagogIn) und je nach Bedarf weitere fachliche Unterstützung. Eine Integrationsklasse braucht ein stabiles pädagogisches Team, welches den Unterricht gemeinsam plant. Eine Zusammenarbeit nur während einzelner Lektionen ist aufreibend und hat kaum die erwartete Wirkung.

Für die neue Zusammenarbeit unter den Lehr- und Fachpersonen braucht es ein Zeitgefäss. Der vpod fordert dafür zwei Lektionen pro Woche. Seit Langem fordert der vpod, dass die KlassenlehrerInnen für ihre Mehrarbeit eine Pflichtlektion weniger Unterricht haben. Der Schulraum ist bereits heute an vielen Schulen zu knapp. Die integrative Schule braucht mehr Raum. Dieser muss hindernisfrei gestaltet sein.

Der vpod erwartet von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ein pädagogisches Konzept, das sich mit der Umsetzung an den Schulen befasst und geeignete Voraussetzungen plant. Bis die dafür notwendigen Ressourcen

politisch beschlossen sind, soll kein weiteres Kind mit besonderem Unterstützungsbedarf integriert werden.

Die 13 Bedingungen des vpod für die integrative Schule:

1. Zwei volle Pensen (Lehrperson und HeilpädagogIn) sind die minimale Grundausstattung pro Klasse, dazu braucht es je nach Bedarf weitere Unterstützung.
2. Die Klassen müssen verkleinert werden.
3. Es braucht ein Zeitgefäss (zwei Lektionen) für die Koordination unter Lehr- und Fachpersonen.
4. Die KlassenlehrerInnen müssen um eine Pflichtlektion entlastet werden.
5. Die LehrerInnen sollen ein Vetorecht haben bei der Aufnahme weiterer SchülerInnen mit besonderem Unterstützungsbedarf.
6. Das Führen von Kleinklassen an den Schulen muss möglich sein.
7. Die HeilpädagogInnen sollen an den Schulen angestellt und in den Teams integriert sein.
8. Das Förderangebot muss erweitert werden: Psychomotorik und Rhythmik sollen ebenso dazu gehören wie die Sprachkurse in den Herkunftssprachen.
9. Der Schulraum muss entsprechend ausgebaut und hindernisfrei gestaltet werden.
10. Die Tagesbetreuung als Norm ist Voraussetzung für das Lernen in stabilen Gruppen.
11. Die individuellen Unterstützungsmassnahmen, welche die Abklärungsstelle empfiehlt, müssen finanziert werden.
12. Die LehrerInnen brauchen Weiterbildung in neuen Lehr- und Lernformen
13. Die Selektion muss zurückgefahren werden.

Lehrstellenmarkt

Vorsicht geboten

Die Zahl neuer Lehrstellen geht wieder leicht zurück. Die Zahl von Jugendlichen in der Warteschlange ist nach wie vor hoch.

SGB. Auf dem Lehrstellenmarkt verschlechtert sich die Lage. Das zumindest legt der „Lehrstellenbarometer“ des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) nahe. Das BBT spricht sehr euphemistisch von „Stabilität“, wo Vorsicht, wenn nicht gar Pessimismus angebracht wäre. Feststellbar ist nämlich:

1. Die Zahl neuer Lehrstellen geht erstmals seit 2004 zurück. Der Rückgang ist zwar bescheiden (-1%), aber er könnte den Beginn einer Tendenz markieren, verursacht durch die Krise oder durch den demografischen Rückgang. Trotz Letzterem ist festzustellen, dass die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, viel höher ist als die Zahl der angebotenen Lehrstellen. Das zeigt, was der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) seit Jahren sagt – und das BBT ebenso lang negiert: Die Demografie löst die Probleme nicht.
2. Die Zahl der Jugendlichen ohne Lösung nach der obligatorischen Schulpflicht steigt um

2000 Personen (+28%). Zwischen 2006 und 2008 ging diese Zahl zurück. Diese Jugendlichen sind zumeist Kandidaten für die Sozialhilfe.

3. Die Zahl der Jugendlichen in Warteschlangen und Zwischenlösungen mindert sich nur marginal (-2%), trotz guter Konjunktur in den vorangehenden Jahren und der „Entspannung“, die das BBT im Lehrstellenmarkt zu sehen glaubt. Die Zahl ist hoch: 21 000 Jugendliche. Die meisten von ihnen erscheinen in der Arbeitslosenstatistik des Seco nicht. Die tiefere Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren hat also den Zugang der Jugendlichen zu einer postobligatorischen Ausbildung nicht wesentlich verbessert.

In diesem Kontext bleiben die Forderungen des SGB (kantonale Fonds für die Berufsbildung in allen Kantonen, „Klinkenputzer“ für mehr Lehrstellen in allen Branchen und nicht nur im Gesundheitswesen, 10'000 neue Plätze in Vollzeit-Berufsschulen, Basislehrjahr) leider aktuell.



Mitmach-TV der wörtlichen Art

3sat (Hrsg.): Uns fehlen die Worte. Mit einem Vorwort von Gert Scobel. München (dtv) 2009. Broschiert. 128 S., Fr. 13.95.

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Kein Medium vertraut so blind darauf wie das TV. 3sat/ZDF wollte an dieser Gewissheit rütteln und schrieb einen Wettbewerb aus, bei dem neue Worte gesucht wurden.

Es ging um Wortvorschläge für 40 Leerstellen im Wortschatz. Etwa „das Gegenteil von ‚dauern‘“, „der unbeabsichtigte Anruf, der durch Sitzen auf dem Natel entsteht“ oder „nach einem Liebeskummer untröstlich sein“. Eine prominente besetzte Jury aus Sprachbegeisterten wählte die Worte aus, die es ins Buch schafften.

Wie „Entwünschungsleere“ – ein sperriges Wort, zugegeben, aber wie sollte man sonst etwas so Umständliches nennen wie „das (zwiespältige) Gefühl, wenn etwas genau so kommt, wie man es gewünscht, erhofft oder lange vorbereitet hat“? Etwa Sollfreude? Zwiagefühl? Ergebniszweifel? Eben.

Oder „mobiler Zufall“, „Dunkelwahl“, „Taschenruf“ – alles Vorschläge für die Art Anrufe, bei denen man nichts hört als minutenlanges Rascheln, ferne Schritte und Stimmen. „Nolens-volens-telefonens“, ist man versucht, über solche Art Tele-„kommunikation“ zu kalauern.

Unter den Jurymitgliedern ist Franz Hohler. Er liefert eine rasige Fabulei ab zum Wort „das



Glimmerli“ (das Lichtlein im Lichtschalter, das im Dunkeln leuchtet). Gleich zwei Etymologien konkurrieren in seiner Kurzgeschichte. Mit einer doppelten Erzählstruktur zeigt er das Ur-dilemma aller Sprachschöpfer auf. Da hat man eben erst ein Wort erfunden und würde am liebsten das eigene Copyright unauslöschlich hineinschreiben. Nur: das geht nicht – ist Sprache doch immer das, was die anderen daraus machen.

In den Jurorentexten finden sich verschiedenste Herangehensweisen an die neuen Worte. Dies reicht von linguistischen Betrachtungen über Volksetymologien bis hin zu kleinen Szenen und grossen Kalauern. Ein vorzügliches Buch von Sprachbegeisterten für ebensolche, dem man auch das Cover und die manchmal etwas lupfige Machart gerne nachsieht, wenn man zu lesen beginnt.

Gregor Szyndler

Musikgrundkurs-LehrerInnen:

Willkommen beim vpod!

Seit Juli 2009 hat der vpod einen Assoziationsvertrag mit der Vereinigung der Lehrpersonen Musikalische Grundkurse BL. Der vpod freut sich auf die Zusammenarbeit mit den Musikgrundkurs-LehrerInnen.

mm. Gerade jetzt, bei all den anstehenden Reformen, ist es wichtig, dass möglichst viele Lehrpersonen am gleichen Strick ziehen. Der Assoziationsvertrag mit dem vpod ist eine gute Basis dazu. Der Vertrag sieht vor, dass sich der Vorstand und die Mitglieder vom vpod-Sekretariat in allen arbeitsrechtlichen und berufspolitischen Fragen beraten lassen können.

Es gibt einiges zu tun, um die Position der Musikgrundkurs-Lehrpersonen an den Schulen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der Musikalische Grundkurs hat beim Amt für Volksschule (fachliche Leitung/Aufsicht!) und teilweise auch an den Schulen selber nicht den Stellenwert, der ihm von seiner pädagogischen Bedeutung her zukommen sollte. Die Grundkurs-Lehrpersonen sind in drei unterschiedlichen Lohnklassen

eingereiht, das ist demotivierend für die Kolleginnen mit den tieferen Löhnen. Die Teilpensen in verschiedenen Gemeinden bedeuten deutlich mehr Aufwand (Sitzungen, Konvente usw.) als ein grosses Pensum an einer Schule.

Die Mitglieder des VMLG-BL erhalten die beiden Zeitungen *sektor erziehung* und *basler vpod* (ab 2010 neu als vpod Region Basel mit *sektor erziehung*) und haben das Recht, eigene Beiträge zu publizieren. Die Zusammenarbeit ist sehr gut angelaufen und ist für beide Seiten erfreulich!

LEFUKA

Das Kürzel LEFUKA steht für Lehrer-funktionskatalog. Dieser wird derzeit überarbeitet. Das Ziel der Übung: Die neuen Ausbildungen

(z.B. für den Musikgrundkurs, für Kindergarten und Primarunterstufe usw.) sollen abgebildet werden. Auch die Frage der Pflichtlektionen soll im Rahmen dieses Projektes behandelt werden. Der vpod würde sich vehement dagegen wehren, wenn erneut den Nichtklassenlehrpersonen eine Pflichtlektion mehr aufgebürdet würde, um eine Pseudoentlastung der Klassenlehrpersonen zu schaffen, oder wenn Nichtklassenlehrer tiefer eingereiht würden, statt die Klassenlehrpersonen zeitlich zu entlasten. Die Arbeitsgemeinschaft der Personalverbände hat mit einem Schreiben an die BKSD kritisiert, dass der vpod und der LVB nicht bei der Erarbeitung der Änderungen einbezogen sind, sondern erst hinterher an zwei Sitzungen im Januar Stellung nehmen können. Wir werden weiter berichten.



Walliser Familiensaga

Otto Zumoberhaus: *Am Schattenberg*, Zürich (Rotpunktverlag) 2009. 410 S., Fr. 39.–

Ein Romandebüt ist auch im hohen Alter noch möglich. Im achtzigsten Lebensjahr legt Otto Zumoberhaus, Spross einer Walliser Kleinbauernfamilie, eine archaische Familiensaga vor, die den reichen Erfahrungsschatz des Autors widerspiegelt. Das 400-Seiten-Werk „Am Schattenberg“ wirkt wohl gereift, wie jene Rebensäfte, die von den Protagonisten des Romans in den Oberwalliser Bergdörfern ausgebaut werden. Zumoberhaus erzählt in schnörkelloser, unaufgeregter Sprache von den dramatischen Ereignissen und grauenvollen Schicksalsschlägen, die die Bauernfamilie Zenthelen heimsuchen. Seine präzisen Beschreibungen der Natur und des Wirkens und Werkens der dörflichen Bevölkerung betten die Handlung in volkskundliche Beobachtungen ein und verleihen den Geschehnissen in der Bergsiedlung zusätzliche Authentizität. Die bedingungslose Frömmigkeit, bigotte Religiosität und moralische Verstocktheit der Bergler am Anfang dieser Geschichte strapazieren freilich die Geduld der Leserschaft. Dem Autor gelingt es jedoch, den Charakteren auch in ihrem schwer ergründbaren, irrationalen Handeln, Vielschichtigkeit zu verleihen; ja er fordert geradezu Empathie für seine bisweilen bar jeder Vernunft handelnden Romanhelden.

Otto Zumoberhaus schärft den Blick für die Schattenseiten der dörflichen Romantik, wenn er die beständig brodelnde Gerüchteküche beschreibt, die sich zur offenen Hetze gegen alle Andersartigen steigern kann. Der mittlerweile in Basel lebende Literat beschreibt die Gefangenheit der Romanfiguren in kirchlichen oder traditionellen Dogmen und die Allmacht einer Patrizierfamilie, welche im Ausgang des 19. Jahrhunderts noch in vordemokratischer Weise über die Dörfler herrscht. Er spannt den Bogen über die Jahrhunderte bis in unsere Tage, in denen der letzte Abkömmling der schicksalsgeprüften Familie dennoch auf ein reiches Leben zurückblicken kann.

Ob die ersten Züge im Tal bestaunt werden, die Fabriken und der Tourismus das Leben der Menschen im Kanton umkrempeln oder die wehrtüchtigen Bauern in den Weltkriegen zu den Grenzen gerufen werden, stets spiegelt sich in den Episoden ein Stück Zeitgeschichte.

Durch das Eindringen der modernen Aussenwelt einerseits und durch die Emigration der Bergbewohner andererseits erleben die Oberwalliser Bergdörfer rasante Veränderungen. Otto Zumoberhaus lehrt sie in seinem Generationenroman auf unterhaltsame Weise verstehen.

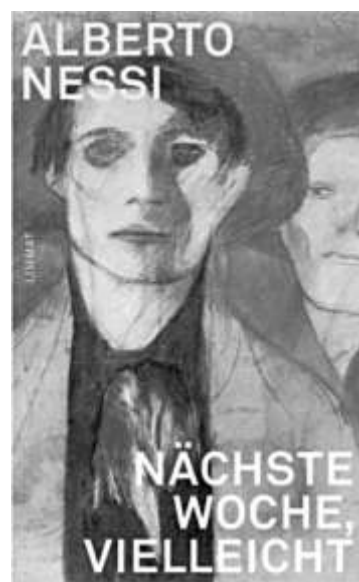
Rüdiger Binkle

Spur der Erinnerung

Alberto Nessi, *Nächste Woche vielleicht*. Zürich (Limmat-Verlag) 2009. 170 S., Fr. 34.–

Lissabon zur Zeit der Pariser Commune 1871: José ist ein lungenkranker Buchhändler, der beschliesst, seine ihm noch verbleibende Zeit tagebuchartig zu dokumentieren. Er beschreibt seine letzten Jahre als Kämpfer für eine gerechtere Welt, der sich zum Beispiel darüber Gedanken macht, weshalb dieser Marx in London ihm auf seinen Brief nicht antwortet. Der an das Gute im Menschen glaubt und an seine Arbeitergenossen, vor denen er Vorträge über den Streik hält, obwohl das Atmen ihm zunehmend Mühe macht. Der in seiner Buchhandlung über Gott nachdenkt, Artikel über Sozialismus konzipiert und es nicht versteht, dass sich die Linken in Europa so verkrachen.

Erinnerungen: Für den Protagonisten wurzelt seine Sicht der Dinge in den kindlichen Erleb-



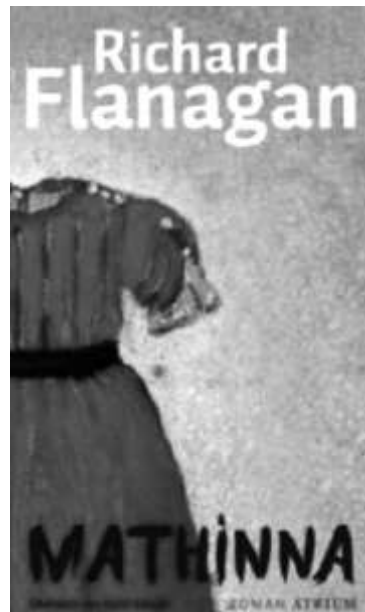
nissen in seiner Tessiner Heimat, dem Cabbio-Tal. Schon dort fragt er sich, warum es Menschen mit bunten Fräcken gebe und solche, die nur Lumpen um den Arsch haben. Nach dem Tod des Vaters muss die Familie auswandern: In Gedanken vollzieht er die einwöchige Reise mit Mutter und Schwester in den Uhrenkanton Jura nach. Er erinnert sich an seine jurassische Zeit als Jugendlicher, an den Arbeiter Schwitzguébel, von dem er das Wort Sozialismus lernt, und an die klavierspielende Bürgerstochter Madeleine, deren hellblaue Rüschen ihm nicht mehr aus dem Kopf wollen.

So lässt der Autor in manchmal kantiger, manchmal poetischer Sprache ein farbiges, detailgenaues Bild der Lebensstationen dieser historischen Figur entstehen, mit der er als Autor zwischendurch in einen imaginierten Kontakt tritt. Künstler und Denker, wenige Frauen und Genossen, historische und erdachte Perso-

nen treten auf, und es entsteht ein vielfältiges Geflecht europäischer Beziehungen der fortschrittlichen Kräfte jener Zeit. Die Leserin spürt seine Empathie: Dieses schroffe religiöse Tessin ist auch sein Tessin, ebenso der Jura der republikanischen Kämpfe und das Lissabon der klandestinen Versammlungen.

Der kranke und manchmal sogar mit einem Bein lahrende José lebt und schreibt, um Revolution zu machen, „...damit der Mensch besser wird. Der Fuss muss Flügel werden. Nächste Woche, vielleicht...“

Simone Gysin



Seelen im Korsett

Richard Flanagan: *Mathinna*. Zürich (Atrium) 2009. 303 S., Fr. 39.–

Der britische Polarforscher Lord Franklin ist von 1836 bis 1843 Gouverneur von Tasmanien. Nach seiner Absetzung begibt er sich erneut auf eine Forschungsreise ins Polareis, von der er und seine Gefährten nicht mehr zurückkommen. In Tasmanien bezaubert das einheimische Waisenmädchen Mathinna die kinderlose Lady Franklin. Aus der kleinen Wilden soll ein englisches Fräulein gemacht werden; es kommt anders. Als die Franklins nach England heimreisen, lassen sie das Mädchen in Tasmanien zurück. Lange Zeit will Lady Franklin die Hoffnung nicht aufgeben, dass ihr Gemahl aus dem Eis zurückkehre. Schliesslich stösst ein Dr. Rae auf Hinweise dafür, dass die Teilnehmer von Franklins Expedition tot sind und es unter ihnen gar zu Fällen von Kannibalismus gekommen sein könnte. Lady Franklin wendet sich an Charles Dickens. Der Dichter schreibt einen Artikel, in welchem er nachweist, dass sich ein englischer Lord unmöglich wie ein Wilder verhalten könnte. Zugleich verfasst er zusammen mit Wilkie Collins ein Theaterstück über die unerfüllte Liebe eines Polarforschers, in welchem er selbst mitspielt. Dabei lernt er die junge Schauspielerin Ellen Ternan kennen und lieben. Bald darauf verlässt Dickens seine Ehefrau.

Der in Tasmanien geborene Autor Richard Flanagan hat die einzelnen Elemente des Handlungsgerüsts seines Buchs in der historischen Realität gefunden. Mit seinem Roman will er nun aber nicht ein möglichst exaktes Bild jener Zeit entwerfen. Vielmehr

geht es ihm, wie er im Nachwort bemerkt, um eine „Meditation über das Begehren und das verleugnete Begehren“, über „seine zentrale Bedeutung und Macht im menschlichen Leben“.

Entstanden ist so ein beklemmender Reigen von in Korsetts gezwängten Seelen, die im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Zwängen und Konventionen und dem Verlangen nach Glück ins Taumeln geraten. Dabei erkundet Richard Flanagan die Regionen der inneren und äusseren Kolonisation, ohne extravagante Mittel zu verwenden.

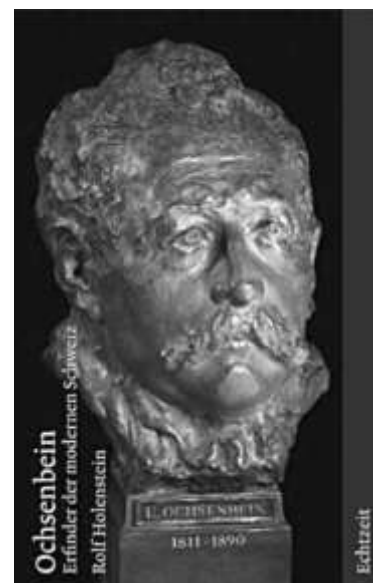
Martin Stohler

Ringen um die Schweiz

Rolf Holenstein: *Ochsenbein – Erfinder der modernen Schweiz*. Basel (Echtzeit Verlag) 2009. 652 S., Fr. 48.–

Am 16. November 1848 fanden in Bern die ersten Bundesratswahlen der Schweiz statt. Damit – und mit der im selben Jahr angenommenen Bundesverfassung – wurde deutlich, dass aus der Schweiz des Staatenbundes von Kantonen ein Bundesstaat geworden war.

Einer der, mit grossem persönlichem und intellektuellem Einsatz auf dieses Ziel hingearbeitet hatte und an jenem 16. November Mitglied der Landesregierung wurde, ist der Berner Ulrich Ochsenbein (1811–1890). Der Geburt des neuen Staates war ein langes Ringen vorausgegangen, bei dem zeitweise auch zu den Waffen gegriffen wurde, namentlich in zwei Freischarenzügen gegen die katholisch-konservative Luzerner Regierung und im Sonderbundskrieg von 1847. Als militärischer



Kommandant des einen Freischarenzugs sowie als Berner Regierungsrat und Bundespräsident der Tagsatzung war Ochsenbein sowohl an militärischen Operationen wie an bedeutenden politischen Entscheiden beteiligt. Dabei liess sich Ochsenbein von der Einsicht leiten, dass sich der Kampf für eine moderne fortschrittliche Schweiz auf Dauer nur mit und nicht ohne die im Sonderbundskrieg Unterlegenen gewinnen liess. Dies brachte ihm bei den Radikalen nicht nur Applaus ein, insbesondere als es um die Ausgestaltung der Bundesverfassung ging, an der Ochsenbein federführend beteiligt war. Wer dies in der umfangreichen Ochsenbein-Biografie von Rolf

Holenstein nachliest, kommt aus dem Staunen kaum heraus. Da ist zunächst einmal das Staunen, mit welchem Interesse fürs Detail sich der Autor in Ochsenbeins Leben und in die Auseinandersetzungen jener Tage vertieft hat, wobei das Geflecht der damaligen Politik und der in Angriff genommenen Probleme sehr schön greifbar wird. Dazu kommt das Staunen darüber, wie aktuell viele der damals aufgeworfenen Fragen auch heute noch oder wieder sind – auch wenn unsere Welt infolge der Globalisierung und angesichts der EU noch komplexer geworden ist. Holenstein hat ein wunderbares Buch geschrieben und dafür keine Mühen gescheut. Freilich: Lesen müssen wir es selbst, und das ist keine kleine Herausforderung im Zeitalter der Schnelllesezeitungen.

Martin Stohler



Lackierte Diebe

Erich Kästner: *Die verschwundene Miniatur*. Zürich (Atrium Verlag) 2009. 256 S., Fr. 35.90. Erstausgabe: Atrium Verlag, Zürich, 1935.

Erich Kästner wurde 1899 in Dresden geboren und starb 1974 in München.

Obwohl Kästner von den Nationalsozialisten verfolgt wurde und seine Bücher verbrannt wurden, emigrierte er nicht. Das vorliegende Buch kam 1935 in Zürich beim Atrium Verlag heraus.

Kästner ist wahrscheinlich vielen etwas älteren Lesenden ein Begriff. „Emil und die Detektive“ oder „Pünktchen und Anton“ haben wohl die meisten in ihrer Kindheit oder Jugend gelesen. Das vorliegende Buch gehört zu den weniger bekannten Werken. Es handelt sich um einen Kriminalroman. Fräulein Trübner weiss, dass eine Diebesbande hinter der wertvollen Miniatur her ist, mit der sie unterwegs ist. Sie bittet den naiven Fleischermeister Kütz um Hilfe. Indem zudem noch ein attraktiver junger Mann auftritt, ist auch die amouröse Komponente vorhanden.

Bald treten die Ganoven auf den Plan, und die spannende Verfolgungsjagd geht los.

Viele Bücher von Kästner wurden verfilmt. Auch aus dem vorliegenden liess sich ein lustiger und spannender Film machen.

Ich habe mich bei der Lektüre gut amüsiert.

Brigit Ulmann Stohler